

Rede vom 04.02.2010

Antrag der Fraktion der SPD / 14/10597

"Debatte über verkürztes Abitur"

Ingrid Pieper-von Heiden

Bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion

- es gilt das gesprochene Wort -

"Die plötzliche geheuchelte Fürsorge der SPD für die Gymnasien ist verblüffend, zumal die SPD diese Schulform doch abschaffen will. Vielleicht darf ich Sie einmal daran erinnern, dass SPD und Grüne es gewesen sind, die die Verkürzung selbst beschlossen haben. Und welche Vorbereitungen haben FDP und CDU dann bei der Regierungsübernahme vorgefunden? Keine, rein gar nichts. Und jetzt präsentieren Sie uns hier einen solchen Antrag. Ihr Modell 10 + 2 war absolut unsozial: Mit Ihrem Modell der zweijährigen Oberstufe, die unmittelbar mit der Qualifikationsphase hätte beginnen müssen, hätten SPD und Grüne allen Realschülern und Hauptschülern mit Qualifikationsvermerk die Möglichkeit des Abiturs an einem Gymnasium im Prinzip verbaut.

Die Umstellung auf G8 im Modell 9 + 3 ist der richtige Weg. Nur so können die Kinder und Jugendlichen anderer Schulformen auch in der Einführungsphase vernünftig eingebunden werden und müssen nicht ohne Vorbereitung in den schwersten Abschnitt der Oberstufe einsteigen. Sie können dies aber, wenn ihr Notendurchschnitt am Ende der Sekundarstufe I es rechtfertigt. Es waren doch SPD und Grüne die den so genannten Quereinsteigern das fast Unmögliche abverlangten wollten mit Ihrem Modell der zweijährigen Oberstufe. Im Gegensatz zu Rot-Grün haben wir mit dem Modell 9 + 3 eine qualitative Durchlässigkeit gesichert. So macht es zum Beispiel auch das erfolgreiche PISA-Land Thüringen. Dennoch sollten wir darüber nachdenken, ob einige Unterrichtsinhalte innerhalb der Sekundarstufe I kindgerechter auf die Jahrgänge verteilt werden können.

Die Umstellung auf G8 eröffnet den Jugendlichen Chancen, früher mit dem Studium oder der Ausbildung zu beginnen. Sie können ein Jahr ins Ausland gehen oder auch ein soziales Jahr absolvieren. Ohne Zweifel ist die Umstellung auf G8 – wie in allen Bundesländern – nicht reibungslos verlaufen. Die FDP ist sich der Tatsache bewusst, dass die Umstellung für viele Eltern, Lehrer und Schüler problematisch war und zum Teil auch noch ist. Bei allem grundsätzlichen Neuen ist das erst einmal so.

Mit dem Ganztagsausbau – den SPD und Grüne den Gymnasien immer verweigert haben –, durch die Mittel für die Übermittagsbetreuung und aus dem Konjunkturpaket II sowie mit den verschlankten Kernlehrplänen haben wir vielfältige Maßnahmen ergriffen, um diese Reform zu bewältigen. Auch für die Anschlussmöglichkeiten sorgen wir vor. Wir gründen neue Fachhochschulen und bauen die Anzahl der Plätze an den Universitäten massiv aus. Bis zum Jahr 2020 schaffen wir insgesamt 160.000 neue Studienplätze. 25.000 durch Ausbau und Neugründungen von Fachhochschulen, 135.000 durch den bedarfsbezogenen Ausbau von Hochschulen. Wir werden sicherstellen, dass den Kindern des doppelten Abiturjahrgangs gleiche Chancen offen stehen. Dass die Eltern das auch so sehen, zeigt sich an der stetig steigenden Übergangsquote an die Gymnasien. Und es entlarvt Ihre Behauptung als unwahr, wonach Kinder mit gymnasialer Empfehlung wegen des G8 an Gesamtschulen "fliehen".

Die Kernlehrpläne mit abgespecktem Stoff müssen jetzt konsequent umgesetzt werden. Und wir sollten die Ergänzungsstunden viel stärker als bisher für die Vertiefung des Unterrichts, zum Abbau individueller Schwächen, zur Stärkung der Stärken und für die fachliche Aufgabenbetreuung nutzen. Wie G8 erfolgreich organisiert werden kann, haben alle Schulen und Eltern der

Gymnasiasten, die neu in die Sek. I gekommen sind, erfahren: Die Landesregierung hat die Schulen mit Informationsheften mit best-practice-Beispielen versorgt. Und die Schulleitungen müssen diese Möglichkeiten und Angebote nun auch nutzen. Und an dieser Stelle möchte ich auch noch mal sagen: Die Eltern haben die Möglichkeit, sich über die Schulkonferenz aktiv mit in den Umsetzungsprozess einzubringen; sie entscheiden mit darüber, wie viel Unterricht konkret in welchen Jahrgangsstufen in den Nachmittag verlagert wird. Inzwischen läuft es vielerorts rund, und wir werden keinesfalls eine Rückkehr zu G9 oder aber eine Entscheidung zwischen G8 und G9 an den Gymnasien einführen. Es wäre pädagogischer und organisatorischer Unsinn. Und Frau Schäfer weiß das hoffentlich genau. Ihr geht es kurzfristig nur um billige Effekthascherei. Es geht ihr darum, vom eigenen Versagen abzulenken. Und darum Unruhe in die Gymnasien zu bringen.

Die versammelten Elternvertreter der Gymnasien haben auf ihrer Sitzung am 16. Mai 2009 in Dortmund Ihren Forderungen nach einer möglichen Rückkehr zu G9 und der Wahl zwischen G8 und G9 mit Dreiviertelmehrheit eine massive Abfuhr erteilt. Auch der Philologenverband und die Direktorenvereinigungen lehnen sie ab. Für wen wollen Sie dann eigentlich sprechen, wenn Sie es nicht für die Kinder, die Eltern, die Lehrer und die Vereinigung der Schulen tun?

Ich möchte hier in diesem Zusammenhang noch etwas anderes für die FDP deutlich machen. Wir haben in den vergangenen Jahren gemeinsam mit der Union nicht nur 8.124 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und über 9.000 Stellen aus den Demographiegewinnen im System behalten, um hierdurch natürlich auch die Gymnasien zu stärken. Es hat in den letzten Tagen in der Presse Diskussionen gegeben, was mit angeblich überzähligen Lehrerstellen an den Gymnasien nach 2013 geschieht. Aus Sicht der FDP ist klar, was mit diesen Stellen passiert. Sie sollen an den Schulen verbleiben, um die individuelle Förderung dort auch nach dem Jahr 2013 weiter zu stärken und die Klassen sukzessive zu verkleinern. Dies ist der richtige Ansatz und den fürchten Sie auch, meine Damen und Herrn von der Opposition."